

„Verkomplizierungs-Tsunami“ im Steuersystem

Wirtschaftsweiser Wiegard kritisiert Beratungsresistenz von Schwarz-Gelb nach 100 Tagen

Von Gerald Schneider

Der Staat will Steuern senken und Ausgaben erhöhen. Und das ist mit den Grundrechenarten nicht vereinbar.“ Eine Lösung dieses Dilemmas erwartet der Regensburger Volkswirtschaftsprofessor Wolfgang Wiegard von der schwarz-gelben Bundesregierung. Und da die Politik eine entsprechende Antwort nach den ersten 100 Tagen ihrer Arbeit schuldig geblieben ist, hat das Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung den Vertretern der „Wunschkoalition“ in Berlin bei einer Veranstaltung der Wirtschafts-junioren am Mittwochabend in Regensburg einen gar holprigen Start attestiert. Miriam Gruß, Bundestagsabgeordnete und Generalsekretärin der FDP in Bayern, und Stefan Müller, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag und bayerischer JU-Chef, hatten es dann auch nicht leicht, die Positionen ihrer Parteien zu verteidigen.

Zwar habe jede Regierung zunächst Schwierigkeiten, die Arbeit aufzunehmen. Dass angesichts der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise die Regierung jedoch noch keine „konzeptionellen Überlegungen angestellt hat, die öffentlich bekannt geworden wären“, wirft Wiegard Union und FDP vor. Dabei sei es geboten, nach dem „Gau“ in der Volkswirtschaft mit einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts um fünf Prozent, „Aufräumarbeiten“ zu leisten. Vielleicht, so hofft Wiegard, werde die Politik nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen endlich Farbe bekennen.

Es sei durchaus richtig gewesen, Schulden zu machen, um die Folgen der Wirtschaftskrise abzufedern. Doch die Verschuldung müsse zurückgefahren und der Staatshaushalt konsolidiert werden. Auch aufgrund der „Schuldengrenze“ bestehe ein Konsolidierungsbedarf von 40 Milliarden Euro bis zum Jahr 2016. Von Wirtschaftswachstum allein verspricht sich der Wirtschaftsweiser keine ausreichende Wirkung. Zudem habe die Bundesregierung hierzu bislang kaum Vorschläge unterbreitet.

Die versprochenen Steuersenkungen seien ein legitimes politisches Gestaltungsmittel. Als völlig falsch



Wolfgang Wiegard fordert von Schwarz-Gelb klare Konzepte zur Konsolidierung des Staatshaushaltes.

erachtet Wiegard indes die Entscheidung zur Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Hotelübernachtungen. Auch die Ausrede der Politik, sie habe dies ja vor der Wahl so angekündigt, ändere daran nichts. Die Regierung habe sich damit gegen den Rat sämtlicher Experten „außer des Hotel- und Gaststättenverbandes“ gestellt. Der geplanten Kommission, die den Anwendungsbereich des ermäßigten Umsatzsteuersatzes „entrümpeln“ soll, bleibe nur, diese Entscheidung wieder zurückzunehmen, ebenso wie „die Steuerermäßigung für Skilifte, getrocknete Schweineohren oder künstliche Tierbesamungen.“ Die Regierung sei angetreten, das Steuersystem zu vereinfachen, das Gegenteil sei aber erreicht worden. „Wenn das der Weg ist, das Steuersystem zu vereinfachen, dann hab ich richtig Angst davor, dann bekommen wir einen Verkomplizierungs-Tsunami im Steuersystem“, meinte Wiegard.

Zudem dürften Steuererleichterungen nicht dauerhaft über Neu-

verschuldung finanziert werden. Vorschläge zur Gegenfinanzierung vermisst Wiegard. Da Union und FDP Steuererhöhungen bereits ausgeschlossen hätten, bliebe nur der Weg der Aufgabenkürzung. Doch auch dazu sieht Wiegard keine Konzepte. Auch eine lineare Aufgabenkürzung quer durch alle Bereiche reiche bei Weitem nicht aus, um den notwendigen Konsolidierungsbedarf nur annähernd zu decken.

Verwundert ist Wiegard über die „Sprachlosigkeit der Politik beim Thema Konsolidierung“. Für den Professor steht fest: „Ohne Belastungen geht es nicht, aber die Regierung sagt nicht, wer bezahlen soll.“ Kontakt zum Sachverständigenrat habe die neue Regierung in ihren ersten 100 Tagen im Amt noch nicht aufgenommen, doch Wiegard hofft, dass die schwarz-gelbe Regierung ihre „Beratungsresistenz“ bald aufgeben wird.

Miriam Gruß gab zu bedenken, dass die Politik sich dem Sparen verpflichtet habe, da es aus Sicht der Liberalen besser sei, das Geld

bei Bürgern und Unternehmen zu belassen und es nicht staatlich „großgönnerhaft“ umzuverteilen. Ebenso wie Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) beschwor sie das Bild der „Schwäbischen Hausfrau“ als Leitmotiv für staatliches Handeln. Anstatt sich mit abstrakten Milliardenbeträgen zu beschäftigen, sollte das Augenmerk besser auf Maßnahmen gerichtet sein, die die Menschen auch spüren könnten. Und mit den beschlossenen Entlastungen sei dies geschafft.

Stefan Müller unterstrich, dass mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz Hindernisse für Investitionen abgebaut und damit Impulse für Wachstum gesetzt worden seien. Unternehmen würden entlastet, bei der Erbschaftsteuer seien Korrekturen vorgenommen worden und Familien würden spürbare Entlastung erfahren. Auch die Steuererleichterung für Hotels verteidigte Müller gegen Wiegards Kritik.

„Erfolge“, meinte Wiegard, seien trotz allem auch bei Schwarz-Gelb „nicht auszuschließen“.